

Regierungsratsbeschluss

vom 3. Dezember 2012

Nr. 2012/2372

Vernehmlassung zu den parlamentarischen Initiativen:

- **Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf;**
 - **Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag**
- Schreiben an das Bundesamt für Justiz**
-

1. Erwägungen

Das Volkswirtschaftsdepartement, Amt für Wirtschaft und Arbeit, unterbreitet das Schreiben an das Bundesamt für Justiz, betreffend der beiden parlamentarischen Initiativen „Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf“ sowie zur „Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag“ zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz, betreffend der beiden parlamentarischen Initiativen „Mehr Konsumentenschutz und weniger Missbräuche beim Telefonverkauf“ sowie zur „Aufhebung der Bestimmungen zum Vorauszahlungsvertrag“ wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 3. Dezember 2012

Verteiler

Volkswirtschaftsdepartement (2, GK-Nr. 2012-2879)
Amt für Wirtschaft und Arbeit (3)
Staatskanzlei, Legistik und Justiz
Ratsleitung (8)
Medien (Jae)